

# Niederschrift

über die 25. Sitzung / 16. WP der Gemeindevertretung am Donnerstag, den 10. April 2014.

Sitzungsort: Dorfgemeinschaftshaus Kölschhausen  
Sitzungsdauer: 18:05 Uhr – 20.22 Uhr

## Anwesend sind:

### a) die Mitglieder der Gemeindevertretung:

1. Dr. Rauber, David -Vorsitzender-
2. Bell, Rainer
3. Bell, Tobias
4. Clößner, Wolfgang
5. Gohl, Timotheus
6. Gombert, Daniel
7. Hedrich, Holger anwesend ab 18.12 Uhr
8. Herbel, Burkhard
9. Jakob, Dirk
10. Rumpf, Ulrich
11. van Moll, Winfried
12. Wild, Oliver
13. Arch, Stefan
14. Groß, Klaus
15. Hohn, Hans-Ulrich
16. Koch, Sebastian
17. Mock, Gabriele
18. Rau, Petra anwesend ab 18.12 Uhr
19. Stopperka, Karin
20. Ullrich, Dieter
21. Gröf, Timo
22. Hubert, Hartmut
23. Kuhlmann, Erich
24. Kunz, Hans-Jürgen
25. Schlagbaum, Willibald
26. Schmidt, Gerhard
27. Schweitzer, Martin
28. Rill, Berthold

### b) die Mitglieder des Gemeindevorstandes:

1. Bürgermeister Jürgen Mock
2. Erster Beigeordneter Karl-Heinz Eckhardt
3. Beigeordneter Ulrich Diehl anwesend ab 18.55 Uhr
4. Beigeordneter Bernd Heddrich
5. Beigeordneter Joachim Keiner
6. Beigeordneter Werner Krause
7. Beigeordneter Karl-Heinz Naumann
8. Beigeordneter Werner Neu anwesend ab 18.30 Uhr

### c) der Schriftführer:

Daniel Rumpf

### d) von der Gemeindeverwaltung:

Amt 10, Herr Daniel Regel

## 1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Gemeindevertreter/innen die Mitglieder des Gemeindevorstandes, den Vertreter der Wetzlarer Neuen Zeitung, Herrn Ulrich Geiß, sowie die erschienenen Zuhörer.

## 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit der Gemeindevertretung fest.

Änderungen zur Tagesordnung werden nicht beantragt.

## 3. Einführung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen: hier: allgemeine Informationen

Zum Thema hält Frau Rechtsanwältin Alexandra Rauscher, im Hauptberuf Referentin beim Hess. Städte- und Gemeindebund (HSGB), einen Vortrag, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Rückfragen der Gemeindevertreter sowie der Mitglieder des Gemeindevorstandes werden direkt beantwortet.

Gemeindevertreter Rainer Bell bedankt sich namens der prüfungsantragstellenden CDU-Fraktion für die gemachten Ausführungen sowie die dadurch erhaltenen wissenswerten Informationen. Er plädiert dafür, dem abschließend genannten Fazit zu folgen und, als eine Gemeinde, die bislang normale Straßenbeiträge erhoben hat, zunächst einige Jahre abzuwarten. Nach der Einführung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen in anderen Kommunen sowie der damit einhergehenden gerichtlichen Überprüfungen von Streitfällen, könne man dann im Hinblick auf diese Erfahrungen hier neu beraten und möglicherweise befinden.

Sowohl Vorsitzender, als auch Bürgermeister schließen sich der Danksagung an. Bürgermeister Mock plädiert ebenso dafür hier erst in einigen Jahren erneut zu beraten und bis dahin im Rahmen des bisherigen Systems „den Mut zu haben, angekündigte Sanierungsmaßnahmen auch durchzuführen“.

## 4. Mitteilungen und Anfragen

### 4.1 Mitteilungen

Bürgermeister Mock teilt mit, dass ...

- a) ... es zum Thema Ärztehaus aktuell Gespräche mit Bauaufsicht und Investor gegeben habe, wie man nun konkret starten könne. Baugenehmigungstechnisch seien alle Probleme beseitigt und alle Vorgaben gefasst und kommuniziert. Weiter habe es Vorgespräche zwischen Technischem Bauamt und dem Krankenhaus (KAVK), betreffend der Beleuchtung des Fußweges KAVK/Rathaushausparkplatz, gegeben. Somit sei man hier auf einem guten Wege.
- b) ... der Presse zu entnehmen gewesen sei, dass beim Thema Breitband von Bund und Land Zuschüsse angekündigt worden seien, die aus EU-Mitteln kommen könnten. Er habe mit Herrn Orth vom LDK gesprochen, der dort die

Koordination innehave. Dieser habe zeitnah ein Schreiben an alle Kommunen angekündigt, das vorschlagen werde, nicht auf diese Zuschüsse zu warten, da man sonst mindestens ein weiteres Jahr Zeit verliere. Gemachte Vorarbeiten und vorliegende Ausschreibungsergebnisse seien dann umsonst gewesen. Das Schreiben beinhalte ebenso eine Beschlussempfehlung für die Kommunen sowie eine Finanzierungsübersicht. Plan sei es, dass bis Mitte Juni alle Kommunen ihre Beschlüsse fassen sollten, damit der Kreis „im Juli final entscheiden könne.“

- c) ... die Verhandlungen im Bereich TVöD zu einer Tariferhöhung geführt haben. Zum 01.03.2014 sei eine lineare Erhöhung der Tabellenentgelte von plus 3% und zum 01.03.2015 erneut um weitere 2,4% vereinbart worden. Nach grober Schätzung komme man auf rund 90.000 € an Personalmehrkosten in 2014. Im Haushalt sei hierzu bereits ein Puffer von 50.000 € eingestellt worden.
- d) ... der LDK Digitalfunklehrgänge angeboten und im Folgenden zu hohe Rechnungen hierüber an die Kommunen gestellt habe. Dies wolle man nun erstatten. Die Gemeinde Ehringshausen habe mit rund 600 € Erstattung zu rechnen.
- e) ... man an einigen Stellen im Gemeindegebiet Bäume entfernt habe. Dies sei im Bereich der Kastanien an der Tuchbleiche aus Sicherheitsgründen erfolgt. Hier seien Nachpflanzungen vorgesehen. Auch in der Maulbeerbaumallee nahe der zentralen Dillbrücke Ehringshausen seien einige nicht mehr standsichere Bäume entfernt worden. Da das Gesamtbild hierdurch nicht beeinträchtigt sei, sehe man keinen Handlungsbedarf. Er beantworte damit eine Anfrage des Gemeindevertreters Klaus Groß.
- f) ... man ein Schreiben des Hess. Staatsministers Al-Wazir erhalten habe. Daraus sei zu entnehmen, dass die durch das Land geplanten Straßenbaumaßnahmen in dieser Fülle nicht oder zunächst nicht umsetzbar seien. Man habe mitgeteilt, dass in Ehringshausen aber trotzdem die Erneuerung der Straßenstützwand an der L3052 in Richtung Leun zur Umsetzung komme.
- g) ... zum Thema Dorfentwicklung der Kreis die Förderquoten 2014 mitgeteilt habe. Für kommunale Maßnahmen bleibe es für Ehringshausen bei den bisherigen 70%.

#### 4.2 **Anfragen**

- a) Gemeindevertreter Jakob fragt an, wie man mit den einst versetzten Bäumen vorm Dorfgemeinschaftshaus Kölschhausen verfahren wolle, da diese augenscheinlich nicht wieder ausgetrieben hätten.

Bürgermeister Mock teilt mit, dass man hier wohl eine Ersatzpflanzung vornehmen müsse.

- b) Gemeindevertreter Gröf fragt an, ob an der Pressemitteilung über eine Straßenerneuerung zwischen Kölschhausen und Niederlemp etwas dran sei.

Bürgermeister Mock erläutert, dass das Schreiben des Staatsministers auch eine Aufstellung enthalten habe, die Auskunft über die weiteren geplanten Baubeginne im Landesstraßenbau gäbe. Diese Aufstellung ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

- c) Gemeindevertreterin Stopperka fragt an, ob man im Sinne einer dauerhaften Erhaltung des Gesamtbildes der angesprochenen Maulbeerbaumallee nicht doch für Ersatz der entfernten Bäume sorgen solle.

Bürgermeister Mock sieht bei Pflegeschnitten an den Bäumen oder bei Entfernung von Bäumen in geringen Umfang, der den Alleecharakter nicht beeinträchtigt, keinen Grund Neupflanzungen vorzunehmen.

- d) Gemeindevertreter Rainer Bell nimmt Bezug auf die gemachte Mitteilung über eine Erstattung des Kreises wegen fehlerhafter Rechnungen zu Digitalfunklehrgängen. Er fragt an, ob die mitgeteilten 600 € dem entsprechen, was man tatsächlich zu viel bezahlt habe. In der Presse hierzu habe man den Gedanken geäußert, dass diese Fehlberechnung von Rechnungsbeträgen auch in der Vergangenheit bereits vorgekommen sein könne.

Bürgermeister Mock entgegnet, dass ihm hier konkret nichts bekannt sei. Er sagt zu, den Ortsbrandinspektor zu befragen, ob dies bei Dienstbesprechungen mit dem Kreisbrandinspektor Thema gewesen sei. Ansonsten „solle dieser es dort zum Thema machen“. Zu Frage eins teilt er mit, dass man in der Verwaltung überprüfe, ob die Summe von 600 € zutrefe.

- e) Gemeindevertreter Schweitzer bedankt sich für die erfolgte Geschwindigkeitsmessung Anfang März auf der Umgehungsstraße OT Greifenthal. Er fragt an, ob es hierüber eine Auswertung der Ergebnisse gäbe.

Bürgermeister Mock erklärt, dass ihm solche Ergebnisse bislang nicht vorlägen. Sobald diese die Verwaltung erreichten, werde er, insbesondere im Ortsbeirat, darüber berichten.

- f) Gemeindevertreter Gombert nimmt Bezug auf das Ortsbeiratsprotokoll Ehringshausen vom 04.02.14 (TOP 3) und fragt an, ob man zu der im Raum stehenden Summe von 700.000 €, die die Gemeinde vom Land Hessen noch erhalten solle nun Konkretes wisse.

Der Vorsitzende erläutert, dass es sich hier um eine allgemeine Mittelsteigerung handele, auch begründet durch die letztjährig geringen Zuweisungen. Man habe also individuell schon mehr Geld erhalten, dieses befinde sich jedoch bereits im beschlossenen Zahlenwerk des Haushaltes.

- g) Gemeindevertreter Gombert nimmt Bezug auf die im Haushalt befindlichen 10.000 € zum Thema „Energetische Verbesserung des Haverhillbades“ und fragt hierzu an, ob man mittlerweile hier tätig geworden sei und beispielsweise einen Architekten beauftragt habe.

Bürgermeister Mock erklärt, dass man noch kein Büro ausgewählt habe, das sich diesem Projekt widmen solle.

- h) Gemeindevertreter Schweitzer greift das Stichwort „Wasserdruck im OT Greifenthal“ auf und erinnert an die Bürgerinitiative hierzu. Er frage an, ob es hierzu eine Messung gegeben habe und wie deren Ergebnisse ausgefallen sei.

Bürgermeister Mock bestätigt die Durchführung von Messungen. Der daraus zu erstellende Bericht, sei jedoch noch nicht geschrieben. Sobald dieser vorliege, sagt Mock eine Mitteilung des Inhaltes zu.

- i) Gemeindevertreter Schweitzer erklärt, dass nahe der Grillhütte Greifenthal auf Wunsch des Heimat- und Kulturvereins einige Bäume entfernt worden seien und dass ebenso die Zufahrt freigeschnitten worden sei, wofür er sich ausdrücklich bedanke. Befremdlich erscheine nur, dass das entstandene Schnittgut „von der Gemeinde einfach den Hang hinunter geworfen wurde“ und dort ironischerweise jetzt das dortige Schild -Schutt abladen verboten- bedecke. So stelle man ein denkbar schlechtes Beispiel für die Bürger dar.

Bürgermeister Mock sagt eine Überprüfung und Inaugenscheinnahme zu.

5. **Beschlussfassung über die angepasste Haushaltssatzung 2014;**  
**Beitrittsbeschluss**

Auf die Verwaltungsvorlage vom 20.03.2014 wird verwiesen.

Bürgermeister Mock erläutert, dass es sich hier um einen rein editorisch-rechnerischen Fehler handele, den man bedauere, aber nun formal korrigieren müsse.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung den Beschluss.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, gemäß der Nebenbestimmung Nr. 1 zur aufsichtsbehördlichen Genehmigung der Haushaltssatzung 2014 folgende Änderung in § 1 -Finanzhaushalt- in der Haushaltssatzung durch einen Beitrittsbeschluss:

Der Saldo aus Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit beträgt 235.000,00 €.

Somit ergibt sich folgende, redaktionelle berichtigte, Festsetzung:

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	425.000,00 €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	190.000,00 €
mit einem Saldo von	235.000,00 €

Abstimmung: einstimmig

6. **Bebauungsplan OT Katzenfurt Nr. 10 „Wiesenstraße“;**  
**Satzungsbeschluss**

Auf die Verwaltungsvorlage vom 24.03.2014 wird verwiesen.

Bürgermeister Mock berichtet hierzu, dass es für die sechs auch entstehenden Bauplätze dort bereits heute drei ernstzunehmende und konkrete Interessenten gäbe.

Gemeindevertreter Tobias Bell erläutert, dass es zu begrüßen gewesen wäre, wenn die Gemeindevertretung den Beschluss zu einem Neubau eines Feuerwehrgerätehauses überhaupt je gefasst hätte. Vorliegend „rolle man das Ganze von hinten auf.“ Unbenommen eigne sich das geplante Bauareal für einen solchen Stützpunkt und ebenso unbenommen diene die Feuerwehr dem

Bevölkerungsschutz, was das schützenswerteste Gut der Gemeinde darstelle. Daher stimme man der Vorlage als CDU-Fraktion so zu. Angesichts der hohen Investitionssumme müsse man allerdings Augenmaß beweisen. Daher sei es nur legitim, dass man gemachte Wünsche und Vorschläge hierzu auch kritisch hinterfragen dürfe. Dies betreffe Punkte wie: Notwendigkeit von sechs Stellplätzen oder einer Werkstatt vor Ort, Trennung der Aufenthaltsräume für Jugend und Aktive, Alternativstandort für das historische Fahrzeug. Funktionalität und Bezahlbarkeit seien die Gebote eines solchen Vorhabens. Er bitte darum, dass dies bei allen weiteren Planungen der Beteiligten Berücksichtigung finden möge.

Bürgermeister Mock entgegnet, dass es für ihn eine Selbstverständlichkeit sei, nur das umzusetzen, was auch notwendig und sinnvoll sei. Zu bedenken sei aber auch, dass man ein bestimmtes Raumprogramm einhalten müsse, wenn man Landesgelder erhalten wolle.

Sowohl Haupt- und Finanzausschuss als auch Bau- und Umweltausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt

1. zur Kenntnis zu nehmen, dass im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB keine Stellungnahmen abgegeben wurden.
2. die in der Anlage befindlichen Beschlussempfehlungen zu dem im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Hinweise (§ 4 Abs. 2 BauGB) als Stellungnahmen der Gemeinde Ehringshausen.
3. den Entwurf des Bebauungsplans OT Katzenfurt Nr. 10 „Wiesenstraße“ - bestehend aus der Planzeichnung und textlichen Festsetzungen, gemäß § 10 Baugesetzbuch als Satzung. Die Begründung wird gebilligt.
4. die in den Bebauungsplan aufgenommenen bauordnungsrechtlichen Festsetzungen (Gestaltungssatzung, Festsetzung gemäß § 9 Abs. 4 Baugesetzbuch i.V.m. § 81 Hessische Bauordnung) als Satzung gemäß § 5 HGO.

Abstimmung: einstimmig

## **7. Grundstücksangelegenheiten**

### **7.1 Grundstücksangelegenheit Nr. 515**

Auf die Verwaltungsvorlage vom 04.03.2014 wird verwiesen.

Bürgermeister Mock erklärt, dass man durch Verhandlungen mit dem LDK erreicht habe, dass die Gemeinde hier nur das benötigte Teilstück und zu dies einem „vernünftigen Preis“ erhalten könne.

Sowohl Haupt- und Finanzausschuss als auch Bau- und Umweltausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, das Grundstück in der Gemarkung Katzenfurt, Flur 10, Flurstück 114, mit einer Größe von 194 m<sup>2</sup> zu einem Preis von 40,00 €/m<sup>2</sup>, also insgesamt 7.760,00 €, anzukaufen.

Kostenträger der Umschreibung ist die Gemeinde Ehringshausen.

Abstimmung: einstimmig

**7.2 Grundstücksangelegenheit Nr. 516**

Auf die Verwaltungsvorlage vom 24.03.2014 wird verwiesen.

Sowohl Haupt- und Finanzausschuss als auch Bau- und Umweltausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, das Grundstück in der Gemarkung Kölschhausen, Flur 7, Flurstück 97, von Frau Gerlinde Auerbach, Am Hofacker 5, 35630 Ehringshausen, anzukaufen.

Der Kaufpreis beträgt 6.900,00 €.

Abstimmung: 27 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

**7.3 Grundstücksangelegenheit Nr. 517**

Auf die Verwaltungsvorlage vom 24.03.2014 wird verwiesen.

Gemeindevertreter Schweitzer begrüßt das Vorhaben im Grundsatz ausdrücklich. Was er allerdings „in aller Schärfe kritisieren müsse“, sei, dass der Ortsbeirat von dieser Aktion keinerlei Kenntnis gehabt habe. Die Zeit sei mehr als ausreichend gewesen, dies dem Ortsbeirat zu präsentieren. Sogar nur ein Anruf oder eine E-Mail habe genügen können.

Bürgermeister Mock zitiert den gefassten Beschluss zur Stärkung der Ortsbeiräte. Das Vorliegende falle unter keinen der dort genannten Punkte, daher habe er auch keine Veranlassung zu einer Beteiligung gesehen.

Sowohl Haupt- und Finanzausschuss als auch Bau- und Umweltausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt den Verkauf des Grundstücks in der Gemarkung Greifenthal, Flur 3, Flurstück 44, 320 m<sup>2</sup>, an Frau Caroline Süß (Tochter von Wilfried Weber), Westerwaldstraße 36, 35630 Ehringshausen, zu einem Preis von 22,00 €/m<sup>2</sup>, somit insgesamt 7.040,00 €. Die Kosten des Verfahrens trägt der Käufer.

Abstimmung: einstimmig

#### 7.4 **Grundstücksangelegenheit Nr. 518**

Auf die Verwaltungsvorlage vom 27.03.2014 wird verwiesen.

Gemeindevertreter Jakob fragt an, ob dies Gegenstand von Beratungen des dortigen Ortsbeirates gewesen sei.

Bürgermeister Mock bestätigt dies und dass es sogar Wunsch des Gremiums sei.

Sowohl Haupt- und Finanzausschuss als auch Bau- und Umweltausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

##### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, das Anwesen in der Gemarkung Ehringshausen, Flur 11, Flurstück 2259/557 (Bahnhofstraße 29), von der Erben-gemeinschaft Herrn Manfred Huttel, wh. Friedenstraße 2, 35781 Weilburg und Frau Ingeborg Wormbach, wh. Brandstattgasse 14, 84405 Dorfen, zum Preis von 45.000,00 € zu erwerben.

Kostenträger der Umschreibung ist die Gemeinde Ehringshausen.

Abstimmung: 27 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

#### 8. **Verabschiedung einer Hauptsatzung**

Auf die Verwaltungsvorlage vom 26.03.2014 wird verwiesen.

Bürgermeister Mock weist auf die Tischvorlage hin, die die nach den Beratungen in den Ausschüssen geänderte Beschlussfassung enthalte.

Gemeindevertreter Jakob begrüßt die erarbeiteten Änderungen zum ursprünglichen Entwurf und bittet darum, bei künftigen Satzungsänderungen immer im Beratungsentwurf die alte Fassung der angedachten neuen gegenüberzustellen. Weiter sei ein Stück parlamentarische Kontrolle sinnvoll und helfe Transparenz zu schaffen und möglicherweise Geld zu sparen. Folgend macht er klar, dass der Themenbereich Grundstücksangelegenheiten, seiner Auffassung nach, dort wo er bislang beraten würde, nämlich in der Gemeindevertretung, auch weiterhin richtig aufgehoben sei.

Gemeindevertreter Koch signalisiert namens seiner SPD-Fraktion Zustimmung zum erarbeiteten Kompromissbeschluss, obwohl man dort eine Differenzierung des Themas Grundstücksangelegenheiten für möglich und sinnvoll erachten habe.

Sowohl Haupt- und Finanzausschuss als auch Bau- und Umweltausschuss empfehlen der Gemeindevertretung, wie vorliegend geändert, den Beschluss.

##### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt die Hauptsatzung in der Fassung des anliegenden Entwurfes.

Abstimmung: einstimmig



## 9. Bericht über das Ergebnis des Akteneinsichtsausschusses

Gemeindevertreter Kunz berichtet als Vorsitzender des einberufenen Akteneinsichtsausschusses über dessen Tätigkeit. Er macht deutlich, dass der Öffentlichkeitsausschluss nicht als Geheimniskrämerei zu werten sei, sondern dass man nur so offen über die erkannten Lücken und die getroffenen Neuerungen habe debattieren können.

Resümierend müsse man feststellen, dass der ehemalige Kassenleiter jahrzehntelang gewachsene unbürokratische Abläufe dahingehend ausgenutzt habe, um Gelder zu unterschlagen. Weiter habe dieser sein unbestreitbar umfangreiches Fachwissen und Wissen über Abläufe und Zusammenhänge mit erschreckend krimineller Energie eingesetzt, um geschickte Umbuchungen noch weiter zu verschleiern. Dies tat er, nach fester Auffassung des Ausschusses, ohne jegliche Beteiligung anderer Mitarbeiter der Verwaltung. In der Folge habe man nun viele Abläufe geändert und angepasst, was dem Protokoll des Ausschusses dezidiert zu entnehmen sei. Das Protokoll liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Das Gremium sehe hiernach keine Notwendigkeit weiterer Sitzungen oder Maßnahmen.

## 10. Anträge der CDU-Fraktion

### a) vom 06.02.2014: Kinder- und Jugendarbeit in der Gemeinde Ehringshausen

Gemeindevertreter Jakob dankt einleitend für die Beratungen und die dort durch die Jugendpflegerin gegebenen Informationen in der jüngsten Sitzung des Sozial- und Kulturausschusses. Grundgedanke des Antrags sei das Erstellen konkreter Ziele einer Kinder- und Jugendarbeit, die auch alle Ortsteile berücksichtige. Bisheriges Betätigungsfeld sei die Ferienbetreuung und das Jugendzentrum in Ehringshausen. Hier sei es, grade auch im Lichte der erhaltenen Informationen, geboten zu eruieren, ob man hier und da Änderungen vornehmen könne oder müsse. Mögliche Einbindung und Verzahnung mit der Vereinsjugendarbeit sowie derjenigen der Kirchen sei hier ein wichtiger Ansatzpunkt. Auch eine Verweisung an den Sozial- und Kulturausschuss erscheine ihm zielführend.

Gemeindevertreter Koch signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion zum gestellten Antrag. Er stellt grundsätzlich klar, dass die bisherig praktizierte „offene Jugendarbeit“ als solches bereits ein Konzept darstelle. Die Antragspunkte müsse man klar trennen in Punkte, die einer zeitnahen und Punkte, die einer langfristigeren Beratung bedürften. Eine Verweisung, wie vorgeschlagen, bevorzuge man hierbei.

Gemeindevertreter Kunz befürwortet eine aktuelle Bestandsaufnahme aller Jugendarbeit, in allen Ortsteilen und durch alle Träger. Nur so könne man Optionen für Synergien, für Kosteneinsparungen und für Personaleinsatzoptimierungen aufdecken. Diese Zusammenarbeit und Bündelung, wo möglich und sinnvoll, sei sehr zu begrüßen. Deutlich zu widersprechen sei jedoch dem möglichen Gedanken eines Rückzugs der Kommune aus dem Bereich Jugendarbeit.

### Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Antrag zur weiteren Beratung in den Sozial- und Kulturausschuss zu verweisen.

Abstimmung: einstimmig

b) **vom 10.02.2014:**  
**Verwendung Schadenersatzzahlungen aus doloser Handlung**

Gemeindevertreter Jakob erläutert den gemachten Antrag und schlägt vor, die eingegangene Zahlung von 25.000 € sowie noch kommende Zahlungen des Ex-Kassenleiters sowie die Zahlung der Eigenschadenversicherung, soweit möglich und zulässig, als Sondertilgungen für die bestehenden Kreditverbindlichkeiten der Gemeinde einzusetzen. Er wirbt hier um breite Zustimmung des Plenums.

Gemeindevertreter Kunz gibt zu bedenken, dass im Hinblick auf laufende und anstehende Maßnahmen, im Hinblick auf noch zu leistende Erstattungen an Geschädigte der dolosen Handlungen sowie im Hinblick auf die geringe Höhe, er nicht erkenne, wie eine Sondertilgung hier „groß ins Gewicht fiele.“ Wichtig sei es nur, das jetzt vorhandene Geld nicht gleich wieder für neue dritte Zwecke zu verplanen. Daher schlage er schlicht vor, das Geld dort zu parken, wo es derzeit schon sei, auf dem Konto bzw. im Kassenkredit.

Gemeindevertreter Koch schließt sich seinem Vorredner vollumfänglich an und kündigt daher die Ablehnung des Antrags durch die SPD-Fraktion an.

Gemeindevertreter Rainer Bell nimmt die geäußerte Argumentation auf und erläutert, dass es, seiner Auffassung nach, dann nur konsequent und folgerichtig sei dem Antrag der CDU zu folgen und das Geld zur Tilgung von Darlehen zu nutzen. Denn nur so sei sichergestellt, dass es für keinen anderen Zweck mehr eingesetzt werden könne.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt: Der Gemeindevorstand wird aufgefordert, die durch den ehemaligen Kassenleiter Klingelhöfer erhaltene Teilschadenzahlung in Höhe von 25.000 € sowie weitere Zahlungen der Eigenschadenversicherung soweit möglich und zulässig als Sondertilgungen für die bestehenden Kreditverbindlichkeiten der Gemeinde einzusetzen.

Abstimmung: 12 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen

c) **vom 13.02.2014:**  
**Neuanschaffung City-Mobil**

Gemeindevertreter Jakob verweist auf den „betagten“ Zustand des gemeindlichen City-Mobils und dass man sich hier Gedanken über eine Neubeschaffung machen solle. Auch die Nutzung des Fahrzeugs durch die Seniorenhilfe für Einkaufsfahrten (keine leichte Einstiegsmöglichkeit für Senioren) spiele hier eine Rolle. Hier könne man sich an Finanzierungsmodellen von einigen Nachbarkommunen orientieren, die den Weg über Werbefinanzierung gegangen seien. Es lasse sich jedenfalls eine Konstellation finden, die die Gemeinde nicht finanziell mehrbelastete.

Bürgermeister Mock erläutert, dass bei Gegenüberstellung von Reparaturkosten (2013 rund 2200 €) zu Mieteinnahmen (2013 rund 2600 €) das derzeitige Mobil noch wirtschaftlich betrieben werden könne. Natürlich sei das Kfz in die Jahre gekommen, erfülle jedoch noch immer seinen Zweck. Auch dürfe man die Gewerbetreibenden der Gemeinde nicht über Gebühr beanspruchen. Gemeindevertreter Ullrich schließt sich der letztgenannten Auffassung ausdrücklich an.

Gemeindevertreter Jakob gibt zu bedenken, dass alle Planungen und Vorarbeiten zu einem solchen Projekt noch einiges an Zeit beanspruchen würden und das vorhandene Fahrzeug jetzt noch einen gewissen Wert habe, den man bei Abstoßung mit einrechnen könne. Daher sei der Prozess noch dieses Jahr anzustoßen.

Gemeindevertreterin Stopperka berichtet, dass sich, ihrem Informationsstand folgend, im Bereich Seniorenfahrten keine Probleme ergeben hätten und das vorhandene Mobil sich hier bewährt habe, sowohl was Kapazität, als auch was Stauraum angehe. Daher und im Hinblick auf die noch bestehende Wirtschaftlichkeit, sehe sie hier keinen Handlungsbedarf.

Gemeindevertreter Jakob macht deutlich, dass es Zweck des Antrags sei, „ein neues Fahrzeug anzuschaffen, was uns genauso viel kostet, wie das was wir jetzt haben.“

Gemeindevertreter Rill bezweifelt, dass ein Fahrzeug der geschilderten Kategorien für einen solchen Preis zu bekommen sei, weiter gibt er zu bedenken, dass das Fahrzeug täglich durch andere, fremde und teils ungeübte Fahrer bedient würde. Daher mache es mehr Sinn, dass jetzige zu nutzen solange dies ginge.

Gemeindevertreter Kunz erkennt Sinn und Zweck des Antrages an, sieht den Zeitpunkt jedoch als verfrüht an. Noch sei das Fahrzeug nutzbar.

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt: Der Gemeindevorstand wird beauftragt, den Bedarf und den Zeitpunkt einer Neuanschaffung eines „City-Mobils“ zu ermitteln und hierbei die Anschaffung eines Kleinbusses (8-9 Sitzplätze) zu prüfen. Zur Finanzierung einer Neuanschaffung soll die Möglichkeiten geprüft werden, das Fahrzeug zu leasen und die Leasingraten durch die Vermietung von Werbeflächen auf dem Fahrzeug zu erwirtschaften. Außerdem soll geprüft werden, ob eine Zuschussung aus IKEK-Mitteln möglich ist.

Abstimmung: 23 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

#### d) **vom 13.02.2014:** **Frischwasserverluste im öffentlichen Leitungsnetz**

Gemeindevertreter Jakob schlägt vor, betreffend die Frischwasseranlagen einen analogen Bericht zum aktuell erhaltenen zu den Abwasserentsorgungsanlagen zu bekommen. Insbesondere der Punkt Wasserverluste sei hier ebenso hochgradig interessant wie ärgerlich, gerade da die Gemeinde aktiv von Dritten Wasser einkaufe.

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt: Der Gemeindevorstand wird beauftragt, im Bauausschuss einen Bericht abzugeben über die jährlichen Verluste an Frischwasser im gemeindlichen Leitungsnetz, die diesbezüglichen Ursachen, die dadurch entstehenden Kosten und die geplanten bzw. ergriffenen Gegenmaßnahmen.

Abstimmung: einstimmig

11. **Antrag der FWG-Fraktion vom 21.03.2014**  
**Prüfungsantrag zur Einrichtung eines Buswendeplatzes in Katzenfurt,**  
**Einmündung Bettenweg / Daubhäuser Straße / Greifenthaler Straße und**  
**Veränderung von Bushaltestellen**

Gemeindevertreter Hubert erläutert einleitend, dass nach Inaugenscheinnahme der Buswendeplatz in Katzenfurt in der bestehenden Form so nicht weiter genutzt werden könne. Sollte der Standort so bleiben, müsse eine „nachhaltige Sanierung der Fläche“ erfolgen. Verschiedene Unwägbarkeiten dabei sowie die Belastung der dortigen Anwohner ließen Gedanken über eine grundsätzliche Neusortierung der Haltestelleninfrastruktur dort aufkommen. Die vorgeschlagene Umgestaltung erziele sogar neue Vorteile, wie zum Beispiel eine verbesserte Umsteigemöglichkeit zwischen Bus- und Bahnverkehr. Daher bitte er um breite Zustimmung.

Gemeindevertreter Jakob stimme namens der CDU-Fraktion dem Antrag unter der Maßgabe zu, dass man hier den Ortsbeirat Katzenfurt sowie die „neuen Anwohner“ im Vorfeld und im Prozess beteilige.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt: Der Gemeindevorstand wird beauftragt zu prüfen, ob an der Einmündung Bettenweg/Daubhäuser Straße/Greifenthaler Straße in Katzenfurt die Einrichtung eines Buswendeplatzes möglich ist. Die Bushaltestelle Katzenfurt/Bahnhof, in Richtung Ortsmitte, vor diese Einmündung verlegt werden kann. Und die Bushaltestelle Wiesenstraße/Festplatz gestrichen werden kann, wobei Linienbetrieb und Schülertransport separat betrachtet werden sollten. Der Randstreifen vor der Bushaltestelle Katzenfurt/Bahnhof, von der Ortsmitte kommend, befestigt und als Parkmöglichkeiten für Busse genutzt werden kann.

Abstimmung: einstimmig

Dr. Rauber  
Vorsitzender

R u m p f  
Schriftführer